Wir sind antifaschistisch, antirassistisch und antikolonial. Deshalb stehen wir bedingungslos solidarisch an der Seite der unterdrückten Palästinenser*innen und ihrem Kampf für Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Freiheit. Was bedeutet das und wie kommen wir zu dieser Haltung? Bedingungslose Solidarität bedeutet, sich als Erstes die Macht- und Unterdrückungsverhältnisse anzuschauen. Das heißt anzuerkennen, dass die palästinensischen Gebiete besetzt und teils schon offiziell annektiert sind und der israelische Staat mit all seinen Institutionen sich seit seiner Gründung 1948 gegenüber den Palästinenser*innen als Unterdrückungsorgan verhält. Der Staat Israel gründet auf der Vertreibung und Unterdrückung der indigenen palästinensisch-arabischen Bevölkerung und hat seine Haltung gegenüber den Palästinenser*innen um kein Stück geändert.

Dieser Staat kann und wird seine Haltung auch nicht ändern. Denn die Grundlage für diesen Staat, die Idee dahinter, ist die nationalistische zionistische Ideologie, deren Ziel ein jüdischer Staat auf dem Gebiet Palästinas ist. Schon die Idee eines Staates, der sich in einer ethnisch-religiösen Weise definiert, lehnen wir entschieden ab, genauso wie wir etwa einen Staat wie die islamische Republik Iran ablehnen. Doch der Traum der zionistischen Bewegung wurde erfüllt, 1948 wurde der jüdische Staat Israel gegen den Willen der indigenen palästinensisch-arabischen Bevölkerung und gegen den Willen der angrenzenden arabischen Staaten gegründet. Mehr als 700.000 palästinensische Araber*innen wurden unmittelbar vor der Staatsgründung und im Zuge der Nakba von ihrem Land, aus ihren Häusern, Dörfern und Städten vertrieben. Der neue jüdische Staat entledigte sich durch diese ethnische Säuberung von 80 Prozent der arabischen Bevölkerung. Aus der Idee des Zionismus ist also ein siedlerkolonialistischer Staat geworden, in der gleichen Weise, wie die USA nur Wirklichkeit werden konnten, indem die indigene Bevölkerung vertrieben, entrechtet und massakriert wurde.

So ist es nur folgerichtig und nicht verwunderlich, dass Palästinenser*innen in Israel systematisch diskriminiert werden. In über 50 Gesetzen ist festgeschrieben, welchen Status palästinensische Araber*innen im zionistischen Staat haben: nämlich den von Bürger*innen zweiter oder dritter Klasse. Das Nationalstaatsgesetz von 2018 bekräftigt die gesetzliche Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung und führt sie nochmal in klarer Sprache auf. Israel wird als jüdischer Staat definiert, in dem ausschließlich Jüd*innen das Recht auf nationale Selbstbestimmung haben. Jüdische Siedlungen werden als national wertvoll deklariert und der illegale Siedlungsbau zur nationalen Aufgabe erklärt. Hebräisch ist Staatssprache und Jerusalem wird entgegen des Völkerrechts als ungeteilte Hauptstadt des

Staates Israel festgeschrieben. Das Nationalstaatsgesetz offenbart die rassistische und koloniale Gesetzgebung des israelischen Staates. Diese schlägt sich dann in der palästinensischen Realität und Erfahrung nieder:

Palästinenser*innen haben so gut wie keine Möglichkeit, Grundstücke oder Land zum Wohnen, Landwirtschaft betreiben oder für kommerzielle Nutzung zu erwerben, mehr noch werden sie noch immer aus ihren Häusern vertrieben unter dem Vorwand, dass diese historisch jüdischer Besitz seien. Mehr als 70 palästinensische Dörfer, die teils schon vor der Staatsgründung existierten, werden nicht anerkannt vom israelischen Staat, erhalten keinerlei finanzielle Unterstützung und sind auf offiziellen Karten noch nicht einmal aufgeführt. Seit 1948 wurden mehr als 600 jüdische Kommunen geschaffen, während keine einzige neue arabische Kommune anerkannt wurde. Im Gegenteil werden ständig palästinensische Dörfer zerstört und den Menschen so ihre Lebensgrundlage entzogen. Israelische Kommunen haben außerdem das Recht, Menschen abzuweisen, wenn diese von Geschlecht, Religion oder sozio-ökonomischen Status her nicht in die Stadt passen. So werden jüdische Kommunen Araberfrei gehalten. Palästinenser*innen können jederzeit ihren Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie nicht loyal gegenüber Israel sind, eine vermeintliche Gefahr darstellen oder auch einfach zu lange von Zuhause weg waren. Die Liste lässt sich leider noch viel weiter führen.

Vor diesem Hintergrund zu behaupten, jüdische und palästinensisch-arabische Staatsbürger Israels seien vor dem Gesetz gleichgestellt, wie es der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Münsters tut, ist einfach nur falsch, heuchlerisch und dazu noch stumpf, weil es viel zu einfach zu widerlegen ist.

Der israelische Kolonialismus offenbart sich darüber hinaus in dem Versuch, den Palästinenser*innen ihre Identitäten zu nehmen. Sie werden vor die Wahl gestellt, sich entweder zu assimilieren, also zu israelisieren, oder zu ihrer palästinensisch-arabischen Identität zu stehen und das Land zu verlassen. Das zeigt sich insbesondere am Beispiel der Schulen im annektierten Ost-Jerusalem. Die arabischen Schulen werden systematisch vernachlässigt und kaum finanziert, wodurch tausenden palästinensischen Kindern der Zugang zu Schulbildung verwehrt wird. Das israelische Bildungsministerium nutzt die Abhängigkeit der Schulen, um sie zu erpressen. Angemessene finanzielle Förderung sollen die Schulen nur dann erhalten, wenn sie den israelischen Lehrplan mitsamt seiner Geschichtsschreibung übernehmen und der hebräischen Sprache einen größeren Raum geben, zulasten der arabischen Sprache. Kolonialismus bedeutet auch immer, aktiv die Geschichtsschreibung zu fälschen. So wird geleugnet, dass vor der Staatsgründung überhaupt

Palästinenser*innen in Palästina gelebt hätten, und seit Generationen bestehende palästinensisch-arabische Dörfer wurden nach der Vertreibung ihrer Bewohner*innen umbenannt und zu seit jeher jüdischen Siedlungen verklärt. Teilweise werden Ausgrabungsstätten auch gezielt zerstört, um palästinensische Identität, Kultur und Geschichte auszulöschen. Seit 1967 die Westbank und der Gazastreifen von Israel besetzt wurden, wurden zahlreiche palästinensische Artefakte gestohlen und verkauft. Koloniale Raubkunst ist kein Phänomen der Vergangenheit, sie existiert noch heute.

In der Westbank, neben Gaza Teil der besetzten palästinensischen Gebiete, hat Israel Apartheid-ähnliche Strukturen geschaffen. Jüdische Siedler*innen unterstehen Zivilrecht, während die palästinensische Mehrheit seit dem Beginn der Besatzung im Jahr 1967 nach Militärrecht verurteilt wird. Das heißt, dass den dort lebenden Palästinenser*innen seit über 50 Jahren Grundrechte verwehrt werden. Darunter die Grundrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit. Diese sind faktisch ausgesetzt, da bis zu 10 Jahre Haft auf Versuche stehen, die öffentliche Meinung in einer Art und Weise zu beeinflussen, dass der öffentliche Frieden oder die öffentliche Ordnung gestört werden könnte. Journalist*innen und Aktivist*innen, die sich etwa kritisch über die Armee äußern, fallen genauso unter dieses Gesetz. Ein anderes Gesetz sieht bis zu einem Jahr Gefängnis für Personen vor, die die Ehre eines Soldaten beleidigen. Entgegen internationaler Menschenrechtsstandards werden solche Gesetze bewusst unklar formuliert, um alle möglichen Palästinenser*innen „rechtlich korrekt“ zu verurteilen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu nehmen, sich gesetzeskonform zu verhalten.

In der Westbank ist zudem das Grundrecht auf friedlichen Protest komplett ausgesetzt. Legale Proteste sind nicht möglich. Denn Menschenansammlungen von mehr als 10 Menschen, in denen über ein politisches Thema gesprochen wird, sind verboten. Kommt es doch zu Protesten, wird die Protestveranstaltung zu Militärgebiet erklärt und die Teilnehmer*innen werden von der Armee festgenommen und von Militärgerichten verurteilt. Allein von 2014 bis 2019 wurden mehr als 4500 Menschen wegen Teilnahme an Protestveranstaltungen verurteilt.

Ich gehe nicht mehr auf rassistische Polizeigewalt, außerrechtliche Erschießungen, militärische Grenzmauern, Drangsalierungen an Checkpoints, jahrelange Gefangenschaft ohne juristischen Prozess und die Ausblutung der Palästinenser*innen in Gaza ein. Es muss reichen, was ich versucht habe darzulegen. In diesem Kontext, in diesem immer als Ach-So-Kompliziert geltenden Konflikt, ist es eindeutig, wie die Unterdrückungsverhältnisse

aussehen. Es ist mit tausenden und noch mehr Quellen belegbar, wie israelischer Rassismus und Kolonialismus gegen die Palästinenser*innen aussieht.

Es ist eindeutig, wer Unterdrücker und wer Unterdrückter ist. Auf der einen Seite steht ein voll militarisierter, rassistischer und siedlerkolonialer Staat, der die Unterstützung imperialistischer Mächte genießt. Auf der anderen Seite steht eine entrechtete, diskriminierte, verfolgte und ihrer Freiheit beraubte Bevölkerungsgruppe. Es gilt, eine Seite zu wählen, und wir stellen uns auf die Seite der Unterdrückten, aus einer moralischen Überzeugung heraus und aus der Überzeugung, dass jede Form von Unterdrückung abgeschafft werden muss. Es kann keine Neutralität geben in einem solchen Verhältnis, denn neutral zu bleiben, zu schweigen, heißt sich auf die Seite der Unterdrücker zu stellen und das Herrschafts- und Machtverhältnis aufrechtzuerhalten.

Wir sind außerdem überzeugt davon, dass es nicht an uns ist, Bedingungen an die palästinensische Befreiungsbewegung zu stellen. Wir sagen nicht, erst müsst ihr Palästinenser*innen euch von diesem oder jenem distanzieren, euch in der oder der Hinsicht verändern, bevor wir uns solidarisch mit euch erklären. Nein, wir sagen: wir stehen an eurer Seite, solidarisch, natürlich auch kritisch, aber unsere Solidarität entspringt aus der Anteilnahme an dem Leid, der Verfolgung und der Diskriminierung, die ihr erfahrt und ist nicht an Bedingungen geknüpft. Denn die Bedingungen, die Art und Weise, wie ihr um eure Freiheit ringt, das ist eine Diskussion, die ihr führen müsst, als Betroffene. Wir helfen euch, diese Diskussionen in Sicherheit führen zu können, wir schaffen Räume, in denen eure Stimmen gehört werden können.

Wir richten auch nicht das Wort an die Black Lives Matter Bewegung und sagen, ihr müsst euch unsere Solidarität erst mal verdienen. Wir wollen ja eigentlich solidarisch mit euch sein, aber wenn ihr durch die Straßen zieht und Geschäfte plündert, oder eure Brüder und Schwestern mit der Waffe in der Hand beschützt, dann können wir nicht mit euch solidarisch sein. Nein, das wäre arrogant, heuchlerisch und einfach nur falsch. Wir lehnen diese bürgerliche Solidarität ab, diese euro-zentristische Solidarität, die meint, es immer besser zu wissen und von oben herabschaut auf die Kämpfe, die marginalisierte, diskriminierte und ihrer Freiheit beraubte Menschen überall auf der Welt führen.

Unsere Vorstellung von Antirassismus ist auch, diskriminierte Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Statt zu sagen, Israel sei der einzige Schutzraum für Jüdinnen und Juden und deshalb nehme man die Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenserinnen und

Palästinenser in Kauf, kämpfen wir dafür, dass jede Gesellschaft ein Schutzraum für Jüdinnen und Juden wird und ein sicherer Ort für alle von Diskriminierung betroffenen Gruppen. Auch diese Gesellschaft. Dafür leisten wir antifaschistische und antirassistische Arbeit und bauen emanzipatorische Strukturen auf. Und es ist beschämend, dass andere, sich als links bezeichnende Gruppierungen oder auch die rechtskonservative Deutsch-Israelische Gesellschaft sich antirassistischer und emanzipatorischer Praxis in den Weg stellen. Hätte die Gegenkundgebung auch nur einen Funken antirassistischer Haltung, so würde sie zumindest das grundlegendste Kriterium antirassistischer Arbeit beachten und zuhören: wenn ihr nicht betroffen seid, wenn ihr die palästinensischen Erfahrungen nicht versteht, dann hört zu! Danach könnt ihr immer noch eure immer gleichen Antisemitismus-Vorwürfe auspacken. Stattdessen praktiziert ihr rassistisches Silencing.

Aber ihr werdet es nicht schaffen, unsere Solidarität mit den Palästinenser*innen zu brechen. Wir stehen für echte, bedingungslose Solidarität und wir lassen uns nicht einschüchtern.

Freiheit für Palästina! Hoch die internationale Solidarität!